

Krafsamer Zeitung.

Nr. 88.

Wittwoch den 18. April

1866.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsam 3 fl., mit Verlangung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., reit. L. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Antiklarte für die vierpaltige Zeitungszeile 5 Nkr., im Anzeigenteil für die erste Einzeile 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einzeile 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Anzeigen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. April d. J. dem hauptstädtlichen ersten Bürgermeister Johann Roth aus Anlass seiner Verlegung in den kaiserlichen Hof in Anerkennung seiner treuen und eifrigen Dienstleistung und seiner patriotischen Haltung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. April d. J. dem Kreisamtsrath in Badenbach Anton Stark in Anerkennung seines wohlthätigen eifrigen und verdienstvollen Wirkens für das Schulwesen das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. April d. J. dem gewesenen Schullehrer zu Wunden im Wieselburger Comitate Johann Walter in Anerkennung seines fünfzigjährigen verdienstlichen Wirkens im Lehrfache das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. April d. J. allergnädigst zu befehlen geruht, dass dem vormaligen Administrator des Hofordens Comitates Stephan Züllig v. Züllig und dem gewesenen Administrator des Hofordens Comitates Ferdinand Ritter v. Köpfer aus Anlass ihrer Verlegung in den kaiserlichen Hof für ihre verdienstliche Dienstleistung, Verwendung und lokale Haltung der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. April d. J. allergnädigst zu befehlen geruht, dass dem Vordr. Dr. Carl Porenta, dem im Jahre 1865 zur Zeit der Cholera in Triest fungierenden Mitgliede des dortigen kaiserlichen Verwaltungsamtes und des kaiserlichen Centralamtscommissions, so wie dem Landesmedicinalrath Dr. Constant Schrott, dem kaiserlichen Hofrath Dr. Franz Magagnoli und dem Vordr. Dr. Josef Apotheker, welche während der Cholera in Triest fungierten, für ihre thätige, eifrige und verdienstvolle Thätigkeit während jener Zeit bekannt gegeben werden soll.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. April d. J. zu kaiserlichen Capitän die Regimentscapitane Carl v. Haber, Georg Wiltsch, Jos. Auerhammer v. Auerhammer und Alfred Barry und zu Corvettencapitän die kaiserlichen Capitän Radolph Ungewitter, Adolph Nolling, Moriz Monfroni v. Monfroni und Victor Ferschl allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. April d. J. den Privatdocenten Dr. Friedrich Müller zum außerordentlichen Professor der orientalischen Linguistik an der Wiener Universität allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des kaiserlichen Hofraths in Adria den Canonikus Sante Schile zum wirklichen Religionslehrer am k. k. Untergerichte in Novigo ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsam, 18. April.

Die österreichische Depesche vom 7. April ist am 15. d. durch eine preussische Depesche beantwortet worden.

Die oben erwähnte Note des Grafen Mensdorff an den Grafen Karolyi vom 7. d. lautet:

Ich überreichte Euer. k. k. in Anbetracht einer Abschrift der Note, mittelst welcher der königlich preussische Gesandte, Freiherr v. Werther, im Auftrage seines Hofes die von Ihnen am 31. v. Mts. an den Herrn Grafen v. Bismarck gerichtete Note beantwortet hat.

Wenn das Cabinet von Berlin in jener Note dabei beharrt, die angeblichen Rüstungen Oesterreichs als die Ursache der entstandenen Kriegsbesorgnisse darzustellen, so zweifeln wir in der That, ob der Charakter der Würde, welcher von einer Verhandlung zwischen zwei großen Mächten unzertrennlich sein soll, uns erlaube, diese Behauptungen nochmals ausdrücklich zu widerlegen. Wir berufen uns einzig auf das Urtheil der Welt über den Versuch, Oesterreich offensiver Absichten zu beschuldigen. Wäre die Note des Freiherrn v. Werther im Rechte, so müsste Europa während der letzten Monate in schwerem Traume befangen gewesen sein. Daß man in Preußen laut davon sprach, die Annexion der Herzogthümer müsse mit Güte oder mit Gewalt vollzogen werden; daß am 26. Januar eine Depesche des Grafen Bismarck nach Wien abging, welche in allen preussischen Regierungsorganen geschildert als der Vorbote des Bruches bezeichnet wurde; daß nach unserer ablehnenden Antwort außerordentliche Staatsberatungen unter Zuziehung hoher Militärs in Berlin stattfanden; daß Maßregeln zur Vorbereitung einer Mobilisirungs-Ordnung getroffen wurden; daß Preußens erster Minister die Unvermeidlichkeit eines Krieges betonte; daß er am 16. März die offene Frage Euler u. c., ob Preußen die Gasteiner Convention gewaltsam zu lösen beabsichtige, mit einem Nein beantwortete, welches er selbst für werthlos und nichtig erklärte; daß Preußen mit dem Florentiner Hofe über die Eventualität eines Krieges gegen Oesterreich unterhandelte — dieses Alles müsste eitel Sinnenttäuschung gewesen sein, und der Wirklichkeit müssten nur jene drohenden österreichischen Heeresmassen angehören, welche sich seit dem 13. März — es ist das preussische Cabinet selbst, welches dieses Datum anführt — gegen die preussische Gränze bewegt haben sollten!

Aber die Dinge sind vor Aller Augen anders verlaufen, und sie stehen noch heute anders.

Unter ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät des Kaisers wiederhole ich hiemit die bestimmteste Erklärung, daß in Oesterreich noch bis zum heutigen Tage keine der Verfügungen getroffen worden ist, welche nach unserer Heeresorganisation die Eröffnung eines großen Krieges vorbereiten müssen. Es ist insbesondere keine irgend erhebliche Truppenconcentration, geschweige eine Aufstellung an der Gränze angeordnet worden; kein ungewöhnlicher Ankauf von Pferden, keine Einberufung von Urlaubern in nennenswerthem Umfange hat stattgefunden. Ja der Kaiser, unser allergnädigster Herr, ist in seiner Zuvorsicht so weit gegangen, daß Se. Majestät mich ermächtigt hat, von denjenigen Dispositionen, welche in Wahrheit vorgenommen worden sind, dem königlich preussischen Gesandten ohne Rücksicht Mittheilung zu machen. Mit der vollsten Autorität hat daher Freiherr v. Werther gegündete Nachrichten über die diesseitigen militärischen Maßregeln nach Berlin mittheilen können. Die übrigen, aus welchen man den Alarmruf der Ansammlung einer Armee an der Nordgränze Oesterreichs gemacht hat, muß ich mit größter Entschiedenheit, wie ich es bereits wiederholt mündlich gegenüber dem Herrn v. Werther gethan, für wahrheitswidrig erklären. Jede Discussion über die Priorität militärischer Vorkehrungen in Oesterreich oder in Preußen ist endlich vollkommen überflüssig gemacht worden durch das Wort des Kaisers, welches dafür, daß Oesterreich keinen Angriff im Sinne habe, mittelst der Note vom 31. März klar und bündig verpfändet worden ist.

Eine analoge Versicherung, ebenso klar und bündig im Namen Sr. Majestät des Königs Wilhelm ertheilt, bedingt von selbst die beiderseitige Einstellung jeder weiteren Maßregel von kriegerischer Bedeutung.

Eine solche Versicherung haben wir deshalb zu erhalten gewünscht, und heute liegt wirklich, in Erwiderung auf die erwähnte Note, dem kaiserlichen Hofe die förmliche Erklärung vor, daß den Absichten Sr. Majestät des Königs nichts ferner liege, als ein Angriffskrieg gegen Oesterreich. Der Kaiser, unser allergnädigster Herr, hat auf diese Erklärung geantwortet. Se. Majestät nimmt dieselbe mit Vertrauen an.

Ein Grund zu weiteren Rüstungen liegt jedoch nicht mehr vor, und da in Oesterreich wie ich im Vorstehenden erklärt habe, keine Kriegsvorbereitungen im Gange sind, so müssen wir nunmehr der — in der Note des königlich preussischen Gesandten mit Bedauern von uns vernommenen — Nachricht entgegensehen, daß die in Preußen am 28. v. M. erlassene Mobilisirungs-Ordnung unangeführt bleiben werde. Aus einer beruhigende Mittheilung hierüber wollen Euer. k. k. unverweilt, da das kaiserliche Cabinet nach dem stattgehabten Notenaustausche nicht ohne schwere Verantwortlichkeit gegen eine längere Fortsetzung der Rüstungen Preußens gleichgültig bleiben könnte, den königlichen Herrn Minister-Präsidenten, welchem Sie die gegenwärtige Depesche in Händen lassen wollen, eruchen und uns von dem Erfolge Ihres Schrittes durch den Telegraphen Anzeige erstatten. Empfangen u. c. u. c.

Der Preuss. „Staatsanzeiger“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß eine angebliche zweite österreichische Depesche an die preussische Regierung vom 9. April d. J. nicht existire. Alle Combinationen und Behauptungen, welche sich auf die Existenz einer angeblich in friedlicherem Tone abgefaßten Depesche beziehen, entbehren jeder Unterlage.

Die „N. A.“ verifizirt gegenüber der gestern erwähnten Angabe der „N. A.“ über zwei österreichische Noten vom 7. und 9. April, es existire nur eine Note des Wiener Cabinets, vom 7. April, welche von der „N. A.“ veröffentlicht wurde. Die „N. A.“ glaubt, die Publication dieser Note sei gegen den Willen des Wiener Cabinets erfolgt. Die preussische Rückantwort wurde wegen der Krankheit des Grafen Bismarck, hauptsächlich aber auf Wunsch Bismarcks, welches eine Verständigung herbeizuführen wünschte, bisher verschoben; sie wäre auch jetzt noch nicht erfolgt, wenn nicht aus Wien auf Beantwortung unter der Drohung gedrängt worden wäre, Oesterreich werde seine Rüstungen ausdehnen, falls nicht Preußen befriedigend antworte.

In der Mittheilung des „Pr. St.-Anz.“, daß eine zweite österreichische Depesche vom 9. d. nicht existire und daß alle Behauptungen von dem Vorhandensein einer „in friedlicherem Tone abgefaßten Depesche“ der Unterlage entbehren, sieht die „N. Fr. Pr.“ die offizielle Andeutung, daß die preussische Regierung die österreichische Depesche vom 7. als nicht friedlich aufgefaßt und demgemäß beantwortet hat. Die preussische Antwort werde somit kaum anders denn schroff ablehnend lauten. In der Bemerkung der „N. A. 3.“, daß die Antwort Preußens auf den Wunsch Bismarcks verzögert wurde, und auch jetzt noch nicht abgegangen wäre, wenn von Wien aus nicht zur Beantwortung unter der Drohung gedrängt worden wäre, Oesterreich werde seine Rüstungen ausdehnen, falls nicht Preußen

befriedigend antworte, sieht das erwähnte Blatt das dieser Beziehung wirklich den selbstmässigen Illusionen Bismarcks, Oesterreich als den angreifenden Theil hinzustellen; denn es widerspricht der ganzen bisherigen Haltung des österreichischen Cabinets, mit solchen Drohungen eine preussische Antwort gewissermaßen zu erpressen. Aber auch diese Methode offenbare, daß Preußen jetzt zur Entscheidung drängt und Oesterreich die Alternative stellt, entweder Alles zu gewähren, oder Krieg zu führen. Nun werde wohl der große Schritt gethan und auf jede Gefahr hin am Bunde der Anträge auf Kriegsbereitschaft der Bundesarmee eingebracht werden müssen. Es ist zu wünschen, daß sowohl in Oesterreich als in Sachsen und Bayern Alles bereit sei; denn ist der Friede einmal inniglich geworden, dann wird Preußen mit der größten Beschleunigung vorgehen, darauf kann man sich verlassen. Auf das, was heute eintritt, hat Preußen sich schon seit einer Reihe von Jahren vorbereitet. Was möglich war, ist geschehen, um den mördertischen Streich zu führen, zu dem Preußen jetzt den Arm erhebt.

Einem Wiener Telegramm der „Bh.“ zufolge, soll die preussische Antwort auf die letzte österreichische Depesche der Verständigung Raum bieten. Der ursprüngliche Entwurf, meldet ein zweites Telegramm dieses Blattes, erfuhr Modificationen von des Königs Hand.

Laut der „Bantzeitung“ behindert die Rüstungsfrage nicht länger eine Schlichtung der Hauptdifferenzen. Ein stillschweigendes Uebereinkommen sei erzielt, wonach, eine beiderseitige Reducirung der Rüstungsmaßnahmen vorausgesetzt, eine weitere Erörterung der Rüstungsfrage eingestellt werde.

Die „Wien. Abendp.“ verbreitet sich über den Stand der politischen Verhältnisse und schreibt: Die im Laufe des gestrigen Tages eingegangenen Telegramme indiciren die Situation einen friedlichen Charakter. Eigentlich tatsächliche Ereignisse indeß, welche eine Wendung in der Lage herbeiführen könnten, scheinen nicht eingetreten zu sein und die wechselnden Stimmungsbilder der Blätter constataren daher wohl nur im Allgemeinen den Wechsel von Hoffnungen und Befürchtungen, wie es das charakteristische Kennzeichen einer gespannten und dabei unklaren Situation zu sein pflegt. Der telegraphisch gemeldete „Beruhigungsartikel“ des „Constitutionnel“ hat vielleicht nur einen „speciell französischen Zweck“ zu erfüllen gehabt und es ist anzunehmen, daß eine völlige Wiederherstellung des Vertrauens in die Erhaltung des Friedens jetzt thatsächlich nur von der preussischen Regierung ausgehen könnte. Eine bündige und unzweifelhafte Erklärung, diesen Frieden nicht stören zu wollen, im Vereine mit einer Zurücknahme der militärischen Vorkehrungen wäre sicher geeigneter als alle anderen, den Befürchtungen ein gründliches Ende zu machen, und böte zugleich fast die einzige Möglichkeit des Beweises, daß es Preußen mit seinen Bestrebungen auf eine legale und friedliche Evolution der Bundesverfassung redlich meine. Es kann wohl kaum sehr ernsthaft gelagt sein, wenn die preussischen ministeriellen Blätter versichern, Preußen würde sich durch ein derartiges Vorgehen Oesterreich gegenüber weislos machen und wäre allen Chancen eines Oesterreichischen Angriffes, ohne Widerstand preisgegeben. Die öffentliche Meinung von ganz Deutschland hat sich mit solcher Einstimmigkeit gegen jede Störung des Friedens, insbesondere gegen jede Macht ausgeprochen, von welcher die Friedensstörung ausgehen würde, daß Oesterreich, das doch auch sonst nach keiner Richtung hin Anlaß hat den Krieg zu suchen, schon darin die zwingendste Mahnung erblicken mußte, an seiner bisherigen Gesinnung festzuhalten. Und von einer Uebernahme Preußens kann doch sicher in einem Augenblicke, in welcher von österreichischer Seite nicht einmal die ersten vorbereitenden Schritte zu eigentlichen Rüstungen gethan sind, nicht die Rede sein. Es ist nöthig, von Zeit zu Zeit wieder an diese klare Verhältnisse zu erinnern, weil die ministerielle preussische Presse immer wieder recht absichtlich demüthigt ist, es zu verwirren und die Schuld des schwebenden Conflictes auf österreichische Provocationen zu schieben. Freilich geschieht dies mit größerer Dreistigkeit als mit eigentlichem Geschick. Es ist beispielsweise nicht ohne picantes Interesse, wenn diese Blätter jetzt über den wilden Preußenhaß und die fanatische Kriegslust der slavischen Stämme in Oesterreich klagen, während noch vor Kurzem die „Krafsam.“ nicht lebhaft genug versichern konnte, die Abneigung der Polen, der Croaten und der Ungarn gegen die österreichische Regierung sei so groß, daß diese einfach im Stiche gelassen werden würde, wenn es ihr einfallen sollte, an die Kraft des Reiches zu appelliren. Man scheint sich in Berlin in

dieser Beziehung wirklich den selbstmässigen Illusionen hingeben zu haben und ist jetzt sehr erstaunt die österreichische Regierung von einer Seite unterstützt zu sehen, auf deren offenen Widerstand man rechnen wohl eine andere Ueberzeugung gewonnen, und es wäre zu wünschen, daß diese Ueberzeugung nicht ohne die einzige Rückwirkung auf die Sprache der betreffenden Blätter bliebe.

Nach Berichten aus Frankfurt a. M. war in der That Herzog Ernst von Coburg-Gotha im tiefsten Incognito zwei Tage dort und hat während dieser Zeit mit verschiedenen Bundestagsgeandten conferirt. Namentlich soll der Präsidialgeandte Baron v. Rübeck und der großherzoglich badische Geandte Robert v. Mohl von dem Souverän mehrfach empfangen worden sein. Der Herzog war nur von einem Adjutanten oder Cabinetsbeamten und einem Kammerdiener begleitet.

Der Besuch des Freiherrn von Barnbüler in München, schreibt die „Bair. Ztg.“, ist wohl zunächst als eine Erwiderung des Besuchs aufzufassen, welchen der k. bairische Staatsminister des Aeußern vor längerer Zeit in Stuttgart gemacht hat. Daß jedoch während der Anwesenheit des Freiherrn v. Barnbüler auch Erörterungen über die politische Lage stattgefunden haben, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen selbstverständlich. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, haben die hierüber gepflogenen Besprechungen eine erfreuliche Uebereinstimmung der Anschauung beider Nachbarstaaten erkennen lassen.

Die nach einem gewissen System und mit einer wohlberechneten Steigerung verbreiteten Nachrichten über eine schon vollzogene oder sich vollziehende Annäherung auf dem Terrain der deutschen Frage zwischen Freiherrn v. d. Pfordten und dem Grafen Bismarck, daß Preußen bei seinem Project zur Bundesreform — bis zu einem gewissen Grad, sagen die Götter, vollständig, wissen schon die Anderen — auf Baiern zählen könne — sind, wie man der „Debatte“ aus Dresden schreibt, nichts mehr und nichts weniger als Tendenzfindungen. Von hier aus läßt sich diese Erklärung mit kaum minderer Berechtigung als von München selbst ausgeben. Denn das sächsische Cabinet geht mit dem bairischen in der deutschen Frage Hand in Hand und es ist bereits ein Programm zwischen beiden vereinbart, welches, wie hinzugefügt wird, in Wien bekannt und auch gebilligt worden ist.

In den höheren Gesellschaftskreisen Wiens ist jetzt, wie die Wiener Blätter melden, ein Brief Gegenstand des höchsten Interesses. Es ist ein Schreiben der Königin Victoria von England an den Minister Grafen Mensdorff. Die Königin, so erzählt man, habe darin dem Minister, ihrem Vetter, die Anerkennung ausgesprochen, wie die Haltung des österreichischen Cabinets in dem Conflict mit Preußen in England allgemein als eine durchaus correcte angesehen wird, und hat den Herrn Grafen Mensdorff deshalb beglückwünscht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ dementirt die Nachricht von einem Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich an den König von Preußen, so wie die Gerüchte über den Rücktritt des Grafen Bismarck. Der Wiener Correspondent der „Nat.-Ztg.“ will wissen, daß aus Paris ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers der Franzosen an den Kaiser Franz Joseph signalisirt sei. Fürst Metternich habe nach Wien berichtet, daß Frankreich dringend zur Verständigung mit Italien rathet; möglicher Weise bezieht sich das Schreiben des Kaisers Napoleon auf diesen Gegenstand.

Der Glaube, daß der Krieg binnen kurzem in Deutschland ausbrechen wird, ist in Paris so allgemein, daß man Frankreich bereits die Absicht zuschreibt, bald handelnd aufzutreten, da es schon jetzt das Lager von Chalons beziehen liege. Dort ist in der That der General Bourbaki, einer der tapfersten afrikanischen Generale, mit seiner Garde-Division eingerückt. Obgleich man bisher in Abrede stellte, daß die so frühe Beziehung des Lagers von Chalons Wichtigkeit habe, so zweifelt doch kaum Jemand daran, daß dieselbe zu der deutschen Angelegenheit in engster Beziehung steht und man es so einrichten wolle, daß man außer den Garnisonen von Paris und Umgegend sofort noch ungefähr 40,000 Mann bereit habe, um sie an den Rhein werfen zu können. An der Börse

erzichte in Folge dieser auffallend verfrühten Truppenmärsche große Unruhe. Dieselbe wurde durch das Gerücht vermehrt, daß die Herren Drouyn de Lhuys und Koud ihre Entlassung erhalten hätten. Dies ist mindestens verfrüht, wenn man auch, falls es zum Kriege kommt, mit Gewißheit darauf rechnen kann, daß diese Herren nicht an der Gewalt bleiben werden. Die Ansicht, daß die hiesige Regierung das Vorgehen des Grafen Bismarck nicht allein billige, sondern der preussische Premier sogar im Einverständnis mit Frankreich handle, ist, und dies selbst in diplomatischen Kreisen, ziemlich verbreitet. So schreibt ein Pariser Correspondent der „Kölnischen Zeitung“:

Aus Berlin wird geschrieben: Der geheime Verkehr mit Paris war, wie man aus guter Quelle vernimmt, in letzter Zeit sehr lebhaft. Die Gefahr der Situation ist durchaus nicht vermindert und wenn man bis jetzt hier eine Pause eingehalten, so geschah dies wohl unterrichtete Personen versichern, bloß um den letzten Rest von Schrein zu retten. Graf Bismarck will den Krieg und er steht — nicht bloß bei dem König! — fester als je. Der Neutralität der Mittelstaaten heft man sicher zu sein.

Der „Indep. belge“ wird gemeldet, daß Graf Mensdorff unterm 10. d. ein Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter im Auslande gerichtet hat, worin er den preussischen Vorschlag auf die Bundesreform als ein Mittel darstellt, in die schon ohnehin verwirren Angelegenheiten neue Verwirrung zu bringen. Oesterreich werde aber keine Mitwirkung zur Einführung der Reformen nicht verweigern, sobald die betreffenden Vorschläge in regelmäßiger Weise vor den Bundestag gebracht und alle Bundesmitglieder in der Lage sein würden, sich darüber auszusprechen.

Das „Mem. dipl.“ tritt der Meldung der „Ind.“ entgegen, welcher zufolge Oesterreich sich dem preussischen Parlamentsantrage nicht widerlegen, aber gleichzeitig das Hereinziehen aller österreichischen Provinzen verlangen würde. An dem Tage, an welchem jene Meldung der „Ind.“ aus Berlin telegraphirt wurde, am 10. April, konnte man in Berlin noch nicht wissen, was Oesterreich in Bezug auf den von dem preussischen Gesandten am 9. April in Frankfurt eingebrachten Vorschlag beschließen habe. Auch entnimmt das „Mem. dipl.“ den ihm aus Wien zugegangenen Nachrichten, daß Oesterreich nicht die Absicht hat, den Streit durch die Forderung der Betheiligung seiner nichtdeutschen Provinzen bei den Parlamentswahlen noch mehr zu verwickeln.

Der Wiener Correspondent der „Hamb. Nachr.“ telegraphirt: Vatern sendet an das Berliner Cabinet eine zweite erste Mahnungsdepesche; Baiern, Sachsen, Hannover haben nur unter ausdrücklicher Voraussetzung ausgiebiger Bürgschaften für die conservativen Interessen bei der Bildung des Parlaments der von preussischer Seite projectirten neuen Bundesbasis zugestimmt.

Die Berliner „Bank- und Handels-Ztg.“ schreibt: Die meisten Regierungen würdigen den Reformvorschlag, verlangen jedoch, daß der Wahlmodus für das Parlament und die entsprechenden Parlamentsvorschriften erst unter den Regierungen festgestellt werden.

Wie der offizielle Berliner Corr. der „K. Z.“ aus „nichtpreussischen Kreisen“ vernimmt, soll die Wahlfähigkeit zum „deutschen Parlament“ außer dem Nachbezug von Diäten auch dadurch beschränkt werden, daß sie an „einen hohen Census“ oder an „einen größeren Grundbesitz“ geknüpft wird. Auf diesem Wege soll den conservativen Interessen Rechnung getragen werden, wie dies Herr v. Bismarck den Mittelstaaten angeblich neuerdings zugesichert hat.

In den Donaufürstenthümern geht es bunt zu. Die Moldauer protestiren ernstlich gegen die Aufrechterhaltung der Union. Wir verweisen auf die heutigen detaillirten Nachrichten.

Nach der „N. A. Z.“ ist die rumänische Candidatur des Prinzen von Hohenzollern in keiner Weise ein Act preussischer Staatspolitik, sondern nur eine Angelegenheit des Fürstenthums.

Die Truppenbewegungen im Süden Rußlands, schreibt man dem „R. Fmbl.“, haben einen ganz friedlichen Charakter. Es sind nämlich 30,000 Mann zum Baue der Bahn von Odessa nach Kiew beordert. Wie dies bisher bei allen russischen Eisenbahnbauten gehalten wurde, werden die Erdarbeiten und der Unterbau von Soldaten ausgeführt.

Das „Mem. dipl.“ erklärt, daß die von italienischen Blättern mitgetheilte Nachricht von einer bevorstehenden Rückkehr des noch in Rom befindlichen französischen Occupationcorps ungenau sei. Bevor die zu Antibes in Bildung begriffene französische Legion nicht zur Einschiffung für Civiltaspechia völlig bereit steht, würden von Rom keine französischen Truppen zurückgezogen werden.

Wie französische Blätter melden, werde sich der König von Griechenland binnen Kurzem mit der Großfürstin Werra von Rußland verloben. Die Vermählung wird erst später stattfinden, und zwar nach dem erfolgten Uebertritt des Königs zur griechischen Religion. Großfürstin von Werra, zweite Tochter des Großfürsten Constantin, ist jetzt 13 Jahre alt. König Georgios zählt bekanntlich 21 Jahre. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch mittheilen, daß, Berichten französischer Blätter zufolge, der Plan, den russischen Thronfolger mit der dänischen Prinzessin Dagmar zu vermählen, als aufgegeben zu betrachten sei. Der jüngste Großfürst soll, wie es heißt, eine große Neigung zur Prinzessin Niessegerska, Tochter des berühmten russischen Poeten und Popen Elias, gefaßt haben.

Der Firman, womit der Sultan, als Suzerän, die in Folge des von Kaiser Napoleon ausgesprochenen schiedsrichterlichen Urtheils zwischen der ägyptischen Regierung und der Suezkanal-Gesellschaft abgeschlossenen definitiven Arrangements gutheißt und bestätigt, ist in Paris angekommen. Dieser Firman, in welchem der Errichtung des Canals der Charakter eines Werkes der Civilisation und des Fortschritts beigelegt wird, befriedigt alle Interessen. Diese wichtige Angelegenheit hat somit die mit großer Spannung längst erwartete und erwünschte Lösung gefunden.

Dem „Journal de Bruxelles“ wird aus Jerusalem gemeldet, Rußland habe es durchzusetzen gewußt, daß die oberen Gallerien in der Kuppel des heiligen Grabes dem griechischen Klerus überlassen worden seien.

Der spanische Gesandte hat, wie aus Paris geschrieben wird, dem auswärtigen Amte die Mittheilung gemacht, daß der in voriger Woche von Cadix nach dem Stillen Ozean abgereiste General Quesada mit einer Mission in durchaus friedlichem Sinne betraut sei, worauf Drouyn de Lhuys Herrn Mercier in Madrid beauftragt, dem dortigen Cabinet „die Approbation“ seines Souverains zu diesem Schritte zu erkennen zu geben.

In New-York eingetroffene Nachrichten aus Veracruz vom 22. März zufolge hat General Ogas sich den Bestimmungen der Constitution von 1857 zufolge zum Präsidenten der mexicanischen Republik proclamirt. 200 Gefangene vom kaiserlichen Corps des Generals Mendez sind von den Dissidenten als Repräsentanten für die Einrichtung der republikanischen Gefangenen erschossen worden.

Wie Berichte aus Rio de Janeiro melden, hat die Armee der Allirten den Parana am 14. März überschritten.

Preussische Blätter beschäftigen sich neustens stark mit den österreichischen Kronländern, darunter auch mit Galizien, und suchen darzuthun, daß bei einem Kriege Oesterreich auf den Patriotismus der Bewohner von Galizien nicht rechnen könne, weil die Regierung die Wünsche des Landes nicht erfüllt habe und fortwährend in den verschiedensten Gegenständen Schmerzensschreie ertönen. Ein Lemberger Correspondent der „Dell. Ztg.“ glaubt daher durchaus keine Indiscretion zu begehen, wenn er die Aeußerung wiedergibt, die dieser Tage einer der einflußreichsten Männer des galizischen Landtages vor einer gewählten größeren Gesellschaft machte: „Wir Polen — sagte dieser — hatten mit der österreichischen Regierung weit mehr abzurechnen als die andern in Oesterreich lebenden Völker, doch jetzt ist die Rechnung bereits geschlossen. Im Principe sind wir mit der Regierung einig, die formellen Widersprüche werden zuversichtlich bald schwinden. Die Schmerzensschreie, die noch hier und da ertönen, gehen nur auf Rechnung der unteren Organe, die aus Ungeheuerlichkeit, selten absichtlich, vernarbte Wunden aufreißt und so manchmal wehe thun; das Ministerium hat bewiesen, daß es diese Schreie hört, und wir sind daher versichert, daß es sie auch verkommen machen wird. Den Streit der Polen mit den Ruthenen werden beide Brudervölker unter einander ohne fremde Einmischung friedlich brennen, vielleicht nicht gleich, einmal aber sicher. So sehr ihre Interessen momentan verschieden zu sein scheinen, ein Interesse wenigstens haben sie schon jetzt gemeinsam: nämlich dem Reichthum zu zeigen, daß sie die Nachkommen jener Männer sind, die seine Vorfahren bei Grunwald so gut kennen gelernt haben.“

†† Krakau, 18. April.

Wie bereits erwähnt, wurde mit Allerhöchster Entschlieung vom 11. März l. J. der Abschluß eines Additional-Übereinkommens mit Mexico wegen Ergänzung der Truppen in dem in kais. mexicanischen Kriegsdiensten stehenden Corps österreichischer Freiwilliger genehmigt und zugleich gestattet, daß zur Verhütung der günstigen Jahreszeit zur Ueberseefahrt allföhrlich nach Unterzeichnung dieses Uebereinkommens mit den Werbungen (von 1000 Mann) begonnen werde.

Die kais. mexicanische Regierung wünscht, daß unter diesen 1000 Mann, für welche abermals Laibach als Sammelplatz bestimmt wird, thunlichst 600 Mann für Jäger, 200 Mann für Cavallerie (vorzüglich Fußkav.), 150 Mann für Artillerie und 50 Mann für die Pionniere angeworben werden.

Es dürfen nur kräftige nicht über 40 Jahre alte, dann keine moralisch verkommenen oder notorisch als übel conductirt bekannte Individuen assentirt werden. Diejenigen Individuen aller christlichen Confessionen, welche in das kais. mexicanische Freiwilligen-Corps einzutreten wünschen, haben von ihrer Bezirksbehörde, oder von dem zur politischen Geschäftsführung bestellten Magistrats eine Bestätigung darüber beizubringen, daß sie der österreichischen Militärdienstpflicht bereits vollkommen Genüge geleistet haben, oder derselben überhaupt nicht mehr unterliegen, dann daß sie ledig oder kinderlos Witwer sind, welche letztere Bestätigung auch von jenen Individuen beigebracht werden muß, die den Militär-Abchied in Händen haben. Freiwillige, wenn sie sonst den oben erwähnten Bedingungen entsprechen, können auch ein Zoll unter dem für die correspondirende österreichische Waffengattung vorgeschriebenen Minimalsage sein.

Die in das Freiwilligen-Corps eingestellten Individuen haben eine sechsjährige Militär-Dienstverpflichtung für Mexico eingehen. Die Dienstzeit für die Angeworbenen wird vom Tage der Eidesablegung an berechnet. Nach Ablauf der sechsjährigen Capitulationszeit sind die Freiwilligen an die Beobachtungen der in der österreichischen Monarchie geltenden allgemeinen oder besonderen Päch- und Auswanderungsvorschriften gebunden, daher dieselben, wenn sie nach Ablauf der sechs Jahre nach Oesterreich nicht zurückkehren, aber auch aus dem österreichischen Staatsver-

bande nicht treten wollen, sich um Erlangung regelmäßiger österreichischer Pässe zu fernem Aufenthalte in Mexico zu bewerben, oder aber, wenn sie in Mexico zu verbleiben wünschen, ein ordnungsmäßiges Auswanderungsgesuch an die competenten l. l. Behörden zu richten haben.

Zur Bewerfstellung der Rückkehr nach den l. l. Staaten, oder zur Erwirkung einer Bewilligung zum weiteren Aufenthalt in Mexico wird den betreffenden Individuen nach Ablauf der sechs Jahre eine Fristerstreckung von 6 Monaten zugestanden.

Die Vertretung ihrer Personalangelegenheiten wird in Oesterreich die kais. mexicanische Gesandtschaft in Wien uneigentlich besorgen. Dasselbst können, insoweit sich hierzu eine passende Gelegenheit darbietet, auch Briefe etc., welche jedoch der gedachten Gesandtschaft portofrei zukommen müssen, zur Ueberseefahrt nach Mexico übergeben werden.

Mit dem Tage der Eidesleistung treten die angeworbenen Freiwilligen in kais. mexicanische Verpflegung und es ist ihnen auf das Handgeld, welches für die Infanterie (Jäger) mit 25 fl., für die Cavallerie mit 30 fl., für technische Truppen (Artillerie und Pionniere) mit 35 fl. festgesetzt ist, vorläufig nur der Betrag von zehn Gulden (10 fl.) zu zahlen. a conto der kais. mexicanischen Regierung baar auf die Hand zu erfolgen; den Rest des Handgeldes erhalten sie erst in Laibach beim kais. mexicanischen Depot.

Auf das Handgeld von 30 fl. haben jedoch nur jene Individuen Anspruch, welche in der l. l. Armee bei der Cavallerie, auf das Handgeld von 35 fl. nur jene, welche bei der Artillerie oder in der Pionnier-Truppe gebient haben und sich hierüber mit dem Militär-Abchiede ausweisen können. In diesem Falle sind dieselben auch zur kais. mexicanischen Cavallerie, Artillerie oder Pionnier-Truppe zu assentiren. Alle übrigen Individuen, welche bei irgend einem anderen Truppenkörper in der l. l. Armee gebient haben, sowie jene Freiwilligen, welche nie Militärs gewesen sind, können nur für die kais. mexicanische Jäger-Truppe assentirt werden. Die beim Ergänzungsbegritte zur Anwerbung gelangenden Individuen sind nur als Gemeine anzunehmen. Dagegen dürfen die aus der Cavallerie, Artillerie und aus der Pionniertruppe verabschiedeten l. l. Unterofficiere, wenn in ihrem Militärabschiede die Bemerkung aufgenommen ist, daß sie bei der Armee zur Reengagirung sich eignen, mit der bei der Beabsichtigung innegehabten Militär-Grade assentirt werden.

Vom Momente der Eidesleistung treten sämtliche, nunmehr mexicanische Soldaten unter die mexicanische Disciplinar-Strafgesetzgebung und mit Bezug auf Militär-Verbrechen und Vergehen unter mexicanische Gerichtsbarkeit. Bis zur Uebergabe an die kaiserlich mexicanische Militärbehörden in Laibach unterliegen die kais. mexicanischen Freiwilligen in Disciplinarsachen dem betreffenden Transporthaus, respective dem Transportcommandanten.

Den Besitzern der l. l. goldenen und der silbernen Tapferkeits-Medaillen 1. Classe, welche wegen des Austrittes aus der activen l. l. Militärdienstleistung nicht mehr im Besitze der Medaillen-Zulage stehen, ist mit dem Tage ihrer Assentierung für kais. mexicanische Kriegsdienste die früher bezogene Medaillen-Zulage wieder anzuzahlen.

Gegenüber den reengagierten, nach Mexico ziehenden Freiwilligen werden die Bestimmungen dieses Gesetzes während der Dienstleistung in Mexico von der dortigen Regierung erfüllt; nach allenfallsiger Rückkehr in die l. l. Staaten von den diesseitigen Finanzen nur dann wieder übernommen werden, wenn diese Reengagierten während ihres Verweilens in Mexico keines jener Verbrechen begangen haben, die nach österreichischen Gesetzen den Verlust dieses Beneficiums nach sich ziehen.

Während des Sammelns der mexicanischen Freiwilligen in Oesterreich bis zu ihrer Absehung nach Mexico können dieselben in Erkrankungsfällen in l. l. österr. Militär-Heilanstalten gegen Kostenersatz abgegeben werden.

Schließlich ist zu bemerken, daß, da die Werbung für das kais. mexicanische Freiwilligen-Corps den österreichischen Staatsbürgern mit keinen Auslagen belasten darf, die angeworbenen Freiwilligen mit alleiniger Ausnahme der oben bezeichneten reengagierten l. l. Armee-Freiwilligen auch kein Recht haben, irgend einen Anspruch an den österreichischen Staatsbürgerschaft zu machen, selbst dann nicht, wenn sie invalide würden, oder nach Verlauf von 6 1/2 Jahren noch diensttauglich nach Oesterreich zurückkehren sollten.

Landtagsangelegenheiten.

Der galizische Landesausschuß hat seinen Bericht über die Geschäftsverhandlungen des Landtages, und zwar über die zwei contradictorischen Anträge der Abgeordneten Pietruszewicz und Graf Potowski vollendet, und ist das ziemlich umfangreiche Laborat auch bereits gedruckt. Der Antrag des Ausschusses lautet: 1. Der Landtag wolle beschließen: In die Geschäftsordnung des Landtages sind folgende Bestimmungen aufzunehmen: Der Landmarschall amtiert in polnischer Sprache. Ruthenische Eingaben beantwortet der Landmarschall in ruthenischer Sprache, auf alle anderen Eingaben wird die Antwort in polnischer Sprache erteilt. Die Sitzungsprotocolle müssen in polnischer und ruthenischer Sprache ausgegeben werden. Bei Stellung von Anträgen und Interpellationen, dann bei den Verhandlungen muß man sich der polnischen oder ruthenischen Sprache bedienen. Die Berichte des Landesausschusses und der Commissionen werden an die Landtagsmitglieder in polnischer und ruthenischer Sprache vertheilt. Bei den Beratungen hat der Bericht in polnischer Sprache als Grundlage zu dienen. Die Beschlässe fahrt der Landtag in polnischer Sprache. 2. Als Zusatz zur Instruction des Landesausschusses: Der Landesausschuß amtiert und correspondirt in polnischer Sprache. In den Erledigungen an die Parteien bedient sich der Landesausschuß bei ruthenischen Eingaben der ruthenischen Sprache, bei allen anderen der polnischen. Berichterstatter ist Emolka.

Das von dem Bukowinaer Landtage volirte Gesetz, womit der Gemeinde der Landeshauptstadt Czernowitz gestattet wurde, für die Aufnahme in den

Heimatsverband eine Gebühr bis 100 fl., und der Marktgemeinde Sadagura, eine Aufnahmegebühr bis 60 fl. einzubeheben, ist mit a. h. Entschlieung vom 27. März sanctionirt worden.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Best, 16. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenversammlung wurde Carl Jeyl zum zweiten Vicepräsidenten und Franz Desvay zum sechsten Schriftführer gewählt. Die Wahl der 15 siebenbürgischen Mitglieder der Siebenundsechziger-Commission wird in der nächsten Sitzung publicirt.

In der zahlreich besuchten Sitzung der Magnatenversammlung waren unter den Mitgliedern mehrere hohe Militärs und auf der Gallerie die gestern hier eingetroffenen croatischen Deputirten anwesend. Nach Verlesung der zweiten Deputirtenadresse sprach Baron Bela Wenckheim für die Annahme derselben. Ohne ungarische verantwortliche Regierung, sagte Redner, sei der Ausgleich nicht möglich; jeder solchen werden sich die Municipien gerne fügen und dadurch werde die gegenwärtige unhaltbare Stellung der Obergespanne aufhören. Die Adresse empfehle sich durch die Macht der Argumentation und durch dynastische Gesinnung. Graf Johann Szirach stimmt gegen die Annahme der Adresse in der vorliegenden Form und will, daß das Haus sich derselben nur, insofern sie eine Rechts-Verwahrung enthält, anschließe, ohne sich die über letztere hinausgehende Bitte um Restitution anzueignen. Ein. Pöchy, Graf Leopold Radády und Baron Victor Nepul sprechen für, Bischof Ranolder, Graf Anton Eschén gegen die Adresse. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. April.

Das Namensfest des Kronprinzen Rudolph ist heute am a. h. Hofe im Familienkreise gefeiert worden. Vormittags hat Se. k. Hoheit dem Gottesdienste in der l. l. Hofburgpfarrkirche beigewohnt.

Die bekannten Studentenaustritte vom 7. und 8. März in Wien fanden Sonnabend vor dem Gerichtshofe einen friedlichen Abschluß. Die Austritte waren bekanntlich dadurch veranlaßt worden, daß der Mediciner Hebra seinen Collegen Deutsch (einen Israeliten) im Collegium insultirte. Da der junge Hebra dem Beleidigten die Abbitte verweigerte, so brachte dieser gegen Hebra und einen anderen Studenten Namens Zarisch, welcher Hebra zum Insult anmirt hatte, die gerichtliche Klage ein. Vorgestern sollte über dieselbe verhandelt werden. Die Angeklagten waren bei Gericht ziemlich kleinlaut und gaben eine Ehrenerklärung zu Protocoll, mit welcher sich der Kläger nach einigem Widerstreben zufrieden erklärte und in Folge dessen von der Klage abließ.

Das „Vaterland“ bringt heute unter dem Schlagwort „In eigener Sache“ folgende Erklärung: Eine Reihe von Zeitungsgeschichten beschäftigt sich mit unserem Blatte und seiner gegenwärtigen sowie zukünftigen Redaction. Wir erklären die betreffenden Angaben für unbegründet.

Einem Schreiben des Baron Eberl, Präsidenten der österreichischen Pilgercaravane vom 29. März entnimmt der „Blk.“ die Nachricht, daß sämtliche Teilnehmer der Pilgerschaft vollkommen wohl und sehr vergnügt sind, ein zweiter Brief vom gleichem Tage erzählt, daß der Führer des Luvora'schen Vergnügungszuges an einem bairischen Priester, der an dem Vergnügungszug Theil nahm, in Jaffa sich thätlich vergiffen habe. Der Mißhandelte führte beim österreichischen Consul in Jerusalem Klage, worauf der Schuldige die Flucht ergriff. Der Telegraph erteilte ihn zu Jaffa und er wurde nach Jerusalem zurückgebracht. Ueber das Schicksal der Luvora'schen Reisenden verlautet noch nichts.

Ein Pester Telegramm des „N. Fmbl.“ vom 16. d. meldet: Die Deputation des Stadtrathes, welche Sr. Majestät dem Kaiser den Dank der Pester Gemeinde für die Verlegung des Pulverturmes überbringen soll, wird erst morgen Abends nach Wien abreisen und Donnerstag Mittags von Sr. Majestät in besonderer Audienz empfangen werden.

Deutschland.

Auf die Antwort des FML. Gablenz an die „Neunzehner“ hat Baron Scheel-Plessen unterm 10. d. erwidert, nachdem Se. Exc. auf keinen ihrer Anträge eingegangen sich veranlaßt gesehen habe, so werde es weiterer Beschlußnahme der Beiheligen vorbehalten bleiben müssen, ob sie sich bei der erhaltenen Antwort beruhigen wollen, oder ob sie sich zu weiteren Schritten genöthigt sehen möchten. Wie gestern tel. gemeldet, wurde mittelst Staatsaltersschreibens aus Kiel an die Landesregierung das Ersuchen gestellt, das Schreiben Scheel-Plessen's erlernen mit dem Bemerkten wieder zukommen, daß das Schreiben in Hinblick auf die officiële Resolution vom 8. d. und die dadurch kundgegebene Auffassung des kais. Cabinets eine Erklärung enthalte, welche eine Außerachtlassung derjenigen Achtung sei, die jeder Staatsbürger seiner Regierung schulde.

Die nächste Landtagsitzung, schreibt man aus Frankfurt vom 12., soll erst am künftigen Donnerstag stattfinden. Von einzelnen Regierungen, namentlich von Baden und Württemberg, sollen dem preussischen Antrage günstige Erklärungen schon eingetroffen sein; von Baiern wird eine solche erwartet. Wir sind ferner in der Lage zu prognosticiren, daß die Majorität der Bundesregierungen dem Wunsche Preußens entsprechend, in die Niederlegung eines Ausschusses ad hoc willigen werde. Von mehreren Seiten wird versichert, daß Oesterreich in der nächsten Sitzung (?) einen Antrag auf Kriegsbereitschaft der Bundescontingente stellen werde.

Das Deficit vom Bremer zweiten deutschen Bundescongress ist bis zur Stunde noch immer nicht gedeckt. Bekanntlich verpflichtete sich ein Theil der Kaufleute Bremens, darunter viele Mitglieder der Bürgerchaft,

Verzeichniß der Angefommenen und Abgereisten
vom 17. auf den 18. April.
Angefommen sind die Herren Gutsbesitzer: Lipowski Stanislaus aus Polen, Bobrowski Carl aus Kosnice und Brydowski aus Galizien.
Abgereist sind die Herren Graf Stanislaus Rej und Hruszchalski Michal aus Galizien.

